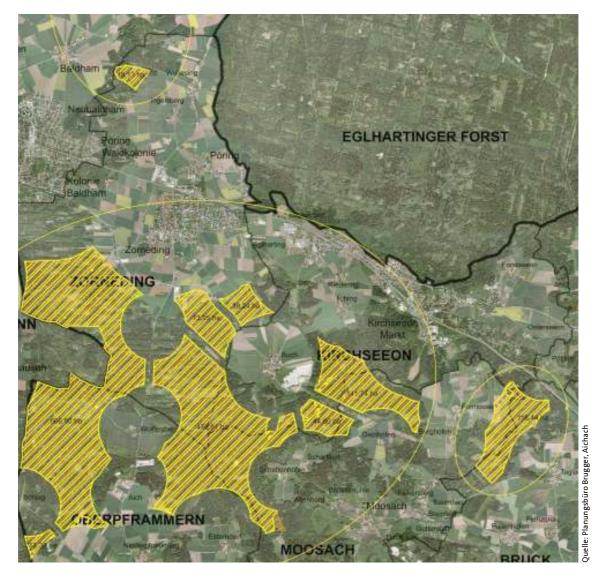


Nr. 72 SPD-ORTSVEREIN ZORNEDING-PÖRING Juli 2012



WINDKRAFT FÜR ZORNEDING



2

5

6

7

8

10

12

14

16

17

18

20

22

23

Inhalt:

Zu unserem Titelbild			
Impressum			
Seriöse Politik statt Kuhhandel			
Die Verursacher der Finanzkrise müssen beteiligt werden!			
Mitmachen und gewinnen - Heizungspumpen-Tausch			
Alter und Armut ist weiblich			
Die Windkraft rückt näher			
Gewinnspiel: Die Suche geht weiter			
Interview mit dem Jugendpfleger Florian Hoffmann			
Bericht aus Berlin			
Millionengeschäfte mit CO ₂			
Neues aus dem Landtag			
Der Politische Stammtisch der SPD Zorneding			
Wer wissen wollte Buchbesprechung			
Der Wolfersberger Erdgasspeicher			
Vereinsportrait: Die Nachbarschaftshilfe			
Termine			

Zu unserem Titelbild

Unser Titel zeigt als Service für die Informationsveranstaltung am Freitag, 13. Juli 2012 um 18 Uhr im Martinstadl den Zornedinger Ausschnitt aus dem Planungskonzept für Windkraft-Konzentrationsflächen. Das Gesamtbild haben Sie sicher schon in den Tageszeitungen gesehen. Näheres zur Veranstaltung der Bürgermeister-Arbeitsgruppe **finden Sie auf Seite 7**.

Impressum:

Rundschau

Zorneding-Pöring-Ingelsberg-Wolfesing

Herausgeber: SPD-Ortsverein Zorneding-Pöring

Verantwortlich i.S.d. Presserechts: Werner Hintze, Ingelsberger Weg 18 85604 Zorneding, Tel. 08106-24 75 09

Redaktion: Werner Hintze, Bianka Poschenrieder,

Gudrun Pauthner, Stephan Raabe,

Thomas Vogt

Fotos/Grafiken: Gudrun Pauthner, Bianka Poschenrieder,

Thomas Vogt, Werner Hintze;

Layout: Werner Hintze

Anzeigen: Bianka Poschenrieder, Werner Hintze

Druck: ALPHA-teamDRUCK GmbH,

Haager Straße 9, 81671 München

Auflage: 4.300

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser

wieder





Gabi Lodermeier & Harald Helfrich

München, Du aufplatzte Weißwurscht!

Freitag, 19. Oktober 2012



Mobil 01577-8973676 oder kontakt@kulturgut-grasbrunn.de

www.KulturGut-Grasbrunn.de

Willkommen bei Ihrer OMV



OMV Tankstelle Narech Sondrie Münchenerstr. 13 Tel.: 08106/247110 85604 Zorneding Fax: 08106/247112



Seriöse Politik statt Kuhhandel!

aum jemand hat es bemerkt: Während bei der Fußball-Europameisterschaft die deutsche Mannschaft gegen Italien unterging, hat die schwarz-gelbe Koalition im Bundestag mal eben ohne Aussprache ein neues Meldegesetz verabschiedet: Als große Neuerung dürfen bzw. müssen die Einwohnermeldeämter jetzt Ihre Daten zu Werbezwecken an Firmen verkaufen, was bisher so nicht zulässig war.

Wir Bürger haben nach dem neuen Gesetz zwar weiterhin die Möglichkeit, der Preisgabe unserer zwangsweise erhobenen Daten zu widersprechen, es gibt aber einen feinen Unterschied: Falls die Anfrage als Rückfrage formuliert ist, ob Informationen, die die Firma schon hat, stimmen, muss die Behörde die Daten entweder bestätigen oder korrigieren. Wohlgemerkt, das gilt auch dann, wenn ein Widerspruch vorliegt.

Man fragt sich unwillkürlich, welche Lobby dabei dieses Mal Regie geführt hat. Es bleibt **das** herausragende Merkmal dieser Bundesregierung: Wenn es um die Abwägung der Interessen Einzelner oder der Allgemeinheit geht, gewinnen stets die Wenigen mit dem dicken Portemonnaie.

Sie erinnern sich: Los ging es mit dem Steuergeschenk für Hoteliers, das überhaupt nichts mit den zeitnahen Spenden an Parteien zu tun hatte. Dann kam - mit einer breit angelegten Lobby-Kampagne gut vorbereitet - der Ausstieg aus dem Atomausstieg. Dieser musste dann allerdings wegen bedrohlicher Umfragewerte wieder einkassiert werden - eine Ausnahme.

Es folgte eine gefühlte Unzahl von Gesetzen zum Wohlgefallen von Finanzwirtschaft, Pharma- und Ärzte-Lobby, Versicherungs- und Energiekonzernen. Die Kette ließe sich lange fortsetzen. Bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass es zur Gewohnheit geworden ist, die Interessenvertreter als "Experten" in das Gesetzgebungsverfahren mit einzubinden. Manche Gesetzentwürfe wurden von der Lobby gleich fertig geliefert.

Ich finde diese Entwicklung äußerst bedenklich, denn sie zerstört das Vertrauen in die Fähigkeit der Demokratie, für einen fairen Interessenausgleich zu sorgen.

Einen Interessenausgleich der besonderen Art führte uns allerdings der jüngste "Koalitionsgipfel" vor Augen: Da wurde von der FDP die neueste Errungenschaft für die Versicherungswirtschaft, der "Pflege-Bahr", mit der eigentlich ungewollten Zustimmung zum CSU-Betreuungsgeld erkauft. Dieser Vorgang ist mit dem Begriff "Kuhhandel" noch wohlwollend umschrieben.



Dabei gäbe es statt Klientel-Politik genügend echte Aufgaben zu bewältigen: Die Finanzwirtschaft tanzt der Politik weiterhin auf der Nase herum, der Euro-Raum lässt immer noch Wetten gegen seine Mitglieder zu, die Regierung hat nach ihrem Panik-Beschluss noch immer keinen Plan für eine sichere Energieversorgung, der Klimaschutz scheint völlig vergessen, und, und, und.

Wir sollten das bei nächster Gelegenheit ändern, finden Sie nicht?!







www.wochermaier.de
BAD HEIZUNG SOLAR BHKW SERVICE
Wochermaier u. Glas GmbH • Wildermuthstr. 6 • 85560 Ebersberg • Tel.: 08092 2490

Die Verursacher der Finanzkrise müssen beteiligt werden!

Am 21. Juni einigte sich die Bundesregierung mit SPD und Grünen auf gemeinsame Positionen zum europäischen Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin. Damit ist die Bundesregierung von ihrer eindimensionalen Sparpolitik zu Lasten der Bürger in Deutschland und Europa abgerückt.

Der "Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung", wie das gemeinsame Papier von Bundesregierung, SPD und Grüne heißt, ist sicher nicht die Lösung der europäischen Finanzkrise, aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Denn neben dem Sparen hat sich die Bundesregierung jetzt verpflichtet, auch die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten zu beteiligen und mit den Einnahmen Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung zu finanzieren, besonders zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU oder doch zumindest in so vielen Euro-Ländern wie möglich, wird von der SPD schon seit vielen Jahren gefordert. CDU/CSU und FDP lehnten diese jedoch stets ab. Einmal mit dem Argument, dass der Finanzstandort Deutschland in Gefahr sei und zum anderen, dass die Finanztransaktionssteuer die Kleinanleger und Sparer treffen würde.

Beide Argumente stechen aber nicht.

• "Nationale Alleingänge bringen doch überhaupt nix!"

Ein Hauptargument gegen die Erhebung der Steuer ist die Angst vor Verlagerung in andere Regionen. Diese Angst ist aber überzogen. Schließlich würde für die Erhebung der Steuer das sogenannte Sitzlandprinzip gelten, d.h. eine deutsche Bank oder ein deutscher Privatanleger, der ein Geschäft über die Londoner Börse abwickelt, muss trotzdem in Deutschland die Transaktionssteuer zahlen, wenn er dort gemeldet ist.

Das lässt sich auch durchsetzen. Nach

EU-Richtlinien sind alle Steuerbehörden in Europa verpflichtet, anderen Ländern Auskunft zu geben. Alle elektronischen Geldtransfers lassen sich über das Swift-System zurückverfolgen. Auch die Eigentumsverhältnisse von Tochtergesellschaften zum Beispiel in Großbritannien ließen sich nicht verheimlichen.

Im Übrigen haben zahlreiche Börsen – Brasilien, New York und sogar Großbritannien – Börsenumsatzsteuern auf bestimmte Umsätze, ohne dass das die Attraktivität der Marktplätze nennenswert beeinträchtigt hätte.

"Das macht doch nur die kleinen Riester-Sparer arm!"

Dieses Argument ist falsch, wie auch alle unabhängigen Experten in ihren Ausführungen bei der Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags verdeutlicht haben.

Nach dem Konzept der EU-Kommission sollen Käufe von Aktien und Anleihen mit einem Mindestsatz von 0,1 Prozent belastet werden. Für Privatanleger, die nur selten ihre Depots umschichten, fällt das kaum ins Gewicht – die Depotgebühren und sonstigen Transaktionskosten sind dagegen deutlich spürbarer.

Die Transaktionssteuer trifft vor allem die Zocker!

"Ökonomisch spricht nur wenig gegen eine Finanztransaktionssteuer. Weder destabilisiert sie die Märkte, noch schadet sie dem Kleinanleger", kommentiert Thomas Fischermann in einem Artikel bei "Zeit Online".

Händler die mit Abermillionen blitzschnell ausgeführter Computer-gestützter Finanztransaktionen Kasse machen wollen, bekommen die Transaktionssteuer zu spüren. Diese Finanztransaktionen haben in der Regel für die Realwirtschaft oder die Preisfindung kaum Wert. Hier handelt es sich weitestgehend um spekulative Finanzgeschäfte ohne Wertschöp-



fung für die Volkswirtschaft. Diese hoch spekulativen Finanzgeschäfte waren aber letztlich die Verursacher der sich gegenseitig bedingenden und verstärkenden Banken- beziehungsweise Spekulationsund Schuldenkrise.

Durch die Finanztransaktionssteuer werden die Finanzmärkte entschleunigt, weil der Anreiz kurzfristig zu spekulieren durch die Kosten der Steuer sinkt. Darüber hinaus werden die Verursacher an den Kosten der Krise beteiligt. Mit den zusätzlichen Einnahmen können dann die Folgen der Finanzkrise bekämpft und Wachstumsimpulse gesetzt werden.

"Wer soll denn noch verstehen, wenn die Verursacher der Krise mit Milliarden-Gewinnen in den Taschen davon kommen, und die Bürger die Zeche für die Spekulanten zahlen. Auch deshalb brauchen wir die Finanztransaktionssteuer!", sagt dazu Martin Schulz, Präsidenten des Europäischen Parlamentes.

Als Sozialdemokraten können wir uns dem nur anschließen. Darum freuen wir uns auch, dass die Bundesregierung hier den Vorschlägen der SPD folgt. Wenn wir Umsatzsteuer auf Waren und Dienstleistungen zahlen, dann ist die Umsatzsteuer auf Finanztransaktionen auch eine Frage der Gerechtigkeit!

Thomas Vogt Vorsitzender des SPD-Kreisverbands



Energie-Forum Zorneding





Mitmachen und gewinnen - Heizungspumpen-Tausch

Liebe Zornedinger,

haben Sie Ihre alte Heizungspumpe schon austauschen lassen?

Bis zum 30.9.2012 läuft die Sonderaktion des Energie-Forum Zorneding, unterstützt von der Gemeinde und den ortsansässigen Heizungsbauern. Bis dahin

- gilt der Aktionspreis, 275 € einschließlich Anfahrt, Einbau und Mehrwertsteuer, wenn vor und nach Ihrer alten Pumpe Absperrhähne vorhanden sind und keine weiteren Arbeiten notwendig werden,
- bekommen Sie 5¼ Jahre Garantie auf Pumpe und Einbau,
- können Sie zusätzlich 100 € Zuschuss aus der Gemeindekasse gewinnen, wenn Sie die Pumpe von einem Zornedinger Heizungsbauer austauschen lassen und die Rechnung bei der Gemeinde einreichen.

Lassen Sie diese Gelegenheit nicht verstreichen! Eine neue Pumpe spart gegenüber Ihrer alten mehr Strom, als Sie für die gesamte Beleuchtung im Haus verbrauchen. Das bedeutet jedes Jahr bis zu 100 € mehr in Ihrer Haushaltskasse und eine deutlich geringere Belastung der Umwelt. Diese Investition macht sich schnell bezahlt. Den Einbau können Sie von der Steuer absetzen. Und vielleicht gewinnen Sie bei der Verlosung, die Chancen stehen gut für Sie!

Der Landkreis Ebersberg hat sich ambitionierte Energieziele bis 2030 vorgegeben: Wir wollen weg von Atomenergie und fossilen Brennstoffen und unseren Energiebedarf aus regenerativen Quellen decken. Das geht nicht ohne Einsparungen, auch beim Strom; das geht nicht ohne Ihre Bereitschaft, mitzumachen. Mit einer neuen Pumpe sparen Sie viel Strom ohne jeden Komfortverlust.

Melden Sie sich gleich bei Ihrem Zornedinger Heizungsbauer, er berät Sie gerne und tauscht die Pumpe im Nu aus, wenn es bei Ihnen sinnvoll ist:

- Andreas Matuszewski Heizungsbaumeister Tel.: 08106 - 996440 andreas.matuszewski@t-online.de
- Martin Matuszewski, Heizung und Sanitäranlagen Tel.: 08106 - 247979 buero@martin-matuszewski.de
- Sebastian Pichler Haustechnik GmbH Tel.: 08106 - 2650 info@haustechnik-pichler.de

Sie haben schon eine neue Pumpe? Ausgezeichnet! Viel Glück bei der Verlosung! Herzlichen Dank sagt die Umwelt und Ihr

Energie-Forum Zorneding Wolfgang Poschenrieder (Sprecher) Tel.: 0172 836 4345

Weitere Informationen zum Heizungspumpen-Tausch finden Sie auch im Internet, unter www.Energie-Forum-Zorneding.de/energiesparen/heizungspumpe.shtml



Sanitär Heizung Gas Komplettbåder Reparaturen Meisterbetrieb

Martin Matuszewski

Wasserburger Landstr. 18 85604 Zorneding

Tel.: 08106/247979 Fax: 08106/248981 Mobil: 0171/1759108 e-Mai: Mertin-Matuscarvskis@onlinehome.chi

Sebastian Pichler Haustechnik GmbH

Wasserburger Landstr. 25, 85604 Zorneding Tel. 08106-2650 Fax 08106-20247



Projektierung und Ausführung von Sanitär- und Heizungsanlagen (Pellets, Hackschnitzel, Wärmepumpen, Solar) sowie Kanalbau,

Alter und Armut ist weiblich

Wann ist man eigentlich arm?

nter Armut versteht man ganz allgemein einen Mangel an lebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Wohnung oder Kleidung. In Schwellen- und Entwicklungsländern gibt es die Form der *absoluten* Armut. Von ihr spricht man, wenn einer Person weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zur Verfügung stehen.

In unseren zivilisierten Industriestaaten des 21. Jahrhunderts trifft man dagegen auf die *relative* Armut, die in erster Linie ein soziales Phänomen ist. Aus einer Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen ergibt sich eine soziale Benachteiligung, die sich durch einen Zustand der Vereinsamung, einem dadurch bedingten Gefühl der Verlassenheit und letztendlich durch einen völligen sozialen Ausschluss bemerkbar macht.

Gemessen wird diese Form der Armut typischerweise am Haushaltseinkommen, das deutlich unter dem Durchschnitt aller Einkommen des Landes liegen muss. In Deutschland ist also für Armut eine mangelnde Ausstattung mit wirtschaftlichen Ressourcen ausschlaggebend, die damit zum Zustand einer gravierenden sozialen Benachteiligung führt.

Wie sieht es bei uns in Bayern aus?

2009 waren 1,64 Millionen Menschen in Bayern armutsgefährdet, ein Viertel davon alte Menschen. In unserem Bundesland steht heute jeder fünfte Rentner an der Schwelle zur Armut und mit diesem Wert liegt Bayern sogar noch 2,6 % über dem Bundesdurchschnitt. Aufgrund der höheren Lebenserwartung von Frau-

en und dem überproportionalen Anteil von Frauen in prekären Lebensverhältnissen ergibt sich leider ein besonders hoher Anteil von Rentnerinnen, die an der Armutsgrenze leben.

Für Sie einige Zahlen:

- der Frauenanteil in der Bevölkerung über 65 Jahren beträgt 59,4 %;
- der Anteil Alleinlebender über 65 Jahren liegt bei den Frauen bei 80,9 %;
- die Pflegebedürftigkeit über 80 Jähriger ist bei Frauen 81 %
- 7 von 10 an Demenz Erkrankten sind Frauen

Das ist ein wahrlich erschreckendes Bild! Bei den unter der Armutsschwelle lebenden und über 80 Jahre alten Menschen sind 9 von 10 Personen Frauen. Das heißt ganz klar: nicht nur das Alter ist weiblich, vor allem Armut im Alter ist weiblich.

Und das hat seinen Grund:

- aufgrund unzureichender Rentenanwartschaften, häufig durch eine unterbrochene Erwerbsbiografie verursacht, sind zwei Drittel der Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung heutzutage Frauen:
- da Männer im Durchschnitt für die Rente mehr Versicherungsjahre und meist höhere Entgelte nachweisen können, erhalten die Frauen deutlich niedrigere Renten - z.B. ergab sich Ende 2002 in Bayern für Frauen ein Durchschnittswert von 485 €. Im Gegensatz dazu stehen 990 € für Männer.

Die Rente, die sich Frauen selbst erwerben, reicht häufig nicht für den monatlichen Unterhalt. Nur durch einen Mehrfachbezug, wie eine zusätzliche Witwenrente, eine selbst finanzierte, private Zusatzrente oder eine am Arbeitsplatz erwirtschaftete Betriebsrente schaffen es viele Frauen, sich im Alter ein halbwegs ausreichendes Einkommen zu sichern.

Was kann Politik gegen Armut tun?

Die Politik muss sich mit dieser Problematik auseinandersetzen, die zukünftig durch den demographischen Wandel vermehrt auftreten wird. Sie muss eine Gleichbehandlung von Mann und Frau unterstützen, wirkungsvolle Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik anstoßen und eine sozialere und solidarische Altersversorgung anstreben.

Es muss eine gelebte Gleichberechtigung statt der in vielen Köpfen noch verankerten, traditionellen Rollenaufteilung gefördert werden. Warum werden gerade die, die ihre Karriere aufgeben, um Kinder großzuziehen, bei der Rentenberechnung krass benachteiligt? Schließlich sind es doch diese Kinder, die die Rente erwirtschaften!

Kontraproduktiv sind weiterhin Ansätze, wie sie gerade in der Mitte der politischen Debatte angekommen sind. Dazu gehören die Erhöhung der Minijob-Grenze auf 450 € und das Abdrängen von gut ausgebildeten Frauen in nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Gerade das Fehlen sozialversicherungspflichtiger Jobs erschwert das Einhalten des Generationenvertrages. Auch die politische Akzeptanz einer "Generation Praktikum", bei der Arbeitgeber heute Lohnnebenkosten sparen und Steuerzahler später die Grundsicherung übernehmen müssen, ist nicht hinnehmbar.



Ein weiterer, umstrittener Ansatz ist das Betreuungsgeld für Eltern, die ihr Kind nicht in eine mit öffentlichen Mitteln finanzierte Kinderbetreuungsstätte geben. Viel diskutiert und inzwischen lästerlich "Herdprämie" genannt, wird es zur späteren Frauenarmut beitragen. Es schafft finanzielle Anreize für Eltern, ihre Kleinkinder zu Hause zu lassen, senkt so aber langfristig die Frauenerwerbsquote. Drei Jahre nicht erwerbstätig zu sein wirkt sich natürlich auf die Alterssicherung aus, erschwert den Wiedereinstieg ins Berufsleben und macht ihn zudem unattraktiver.

Altersarmut in Zorneding?

Auch in Zorneding gibt es Altersarmut und die beiden Seniorensprecherinnen Ursula Roth und Bianka Poschenrieder werden sich mit diesem Problem beschäftigen müssen. An alle in Zorneding lebenden Bürger, die in diesem Jahr 65 Jahre alt werden oder bereits älter sind, haben sie einen Fragebogen verschickt, mit dem sie die Bedürfnisse und Wünsche der Senioren im Ort erkunden wollen.

Das Thema Altersarmut, ob männlich oder weiblich, wurde nicht ausgeschlossen. Das Ergebnis wird unter anderem darüber Aufschluss geben, ob den Senioren in Zorneding ein ausreichendes Budget

Senioren-Umfrage: von 2016 Fragebögen wurden bereits 1078 beantwortet

zum Leben zur Verfügung steht und ob sie in das soziale Leben des Ortes eingebunden sind.

Die Seniorensprecherinnen hoffen, zusammen mit dem Gemeinderat Verbesserungen für unsere älteren Mitbürger anzustoßen. Die Zornedinger Tafel ist schon heute ein hilfreicher Ansprechpartner für bedürftige Zornedinger Bürger/innen. Auch die Nachbarschaftshilfe wird bei der Betreuung mit einbezogen und die Seniorenbeauftragte des Landkreises, Frau Jutta Hommelsen, wird eine Ansprechpartnerin für weitere Kontakte und Hilfsangebote werden.

Die beiden Seniorenbeauftragten in Zorneding wollen dazu beitragen, die Hemmschwelle der Senioren gegenüber diesen Anlaufstellen zu senken. Sie wünschen sich zufriedene und glückliche ältere Mitbürger in Zorneding.

Bianka Poschenrieder

Quellen: Die Zahlenangaben stammen aus einem Vortrag von Angelika Graf, der Bundesvorsitzenden der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus.

Die Windkraft rückt näher

m Rahmen der Energiewende sollen bayernweit etwa 1.500 neue Windräder aufgestellt werden, wovon auch unser Landkreis betroffen ist. Solche Anlagen sind privilegiert, benötigen also, ähnlich wie Bauten für die Landwirtschaft, keine Genehmigung durch die Gemeinden. Diese können nur durch die Ausweisung von sogenannten Konzentrationsflächen bestimmen, wo Windräder gebaut werden können und wo nicht.

Im Landkreis haben sich alle Gemeinden zusammengeschlossen und gemeinsam das Planungsbüro Brugger beauftragt, ein Konzept zu erstellen, das als Grundlage für die Ausweisung von Konzentrationsflächen dienen soll. Dieses Konzept liegt seit Anfang Juni vor, eine Übersicht wurde in den Tageszeitungen bereits veröffentlicht.

Die Vorgehensweise

Ausgegangen wurde von der Gesamtfläche des Landkreises, aus der dann schrittweise alle Bereiche ausgeschlossen wurden, bei denen es Gründe gibt, die den Bau von Windrädern verhindern, die so genannten "Tabuzonen". Eine Fläche, die von vornherein wegfällt ist der Ebersberger Forst, der dem Freistaat gehört und die Gemeinden nichts angeht.

Zunächst wurden die Flächen ausgenommen, bei denen rechtliche Kriterien den Bau von Windrädern praktisch ausschließen, die "harten Tabuzonen". Dazu zählt unter anderem die unmittelbare Umgebung von Siedlungsgebieten mit je nach Art Mindestabständen von 250 m bis 900 m und die Ränder von Infrastuktur, also Straßen, Bahnlinien, Hochspannungsleitungen und Ähnlichem, bei denen eine Pufferzone von 60 m bis 150 m einzuhalten ist.

Als weitere "harte Tabuzonen" gelten Flächen für Natur, Landschaft und Erho-

lung, wie zum Beispiel Natur- und Wasserschutzgebiete oder gesetzlich geschützte Biotope. Nach Abzug aller "harten Tabuzonen" bleiben von den etwa 47.400 ha, für die die Gemeinden im Landkreis verantwortlich sind, noch 8.900 ha übrig, die für den Bau von Windrädern in Frage kommen

Im zweiten Schritt wurden die Bereiche ermittelt, die nach den politischen Vorstellungen der Gemeinden außen vor bleiben sollen, die "weichen Tabuzonen". Hier wurden die Abstände zu Siedlungsgebieten größer gewählt, z.B. bei reinen Wohngebieten 1150 m statt der 900 m nach Gesetz. Außerdem wurden Flächen berücksichtigt, die für die Weiterentwicklung der Gemeinden, der Infrastruktur und weitere Planungen reserviert bleiben sollen. Wichtig war, dass dabei überall dieselben Maßstäbe angelegt wurden.

Das Ergebnis

Nach der Berücksichtigung aller "Tabuzonen" bleiben im Landkreis noch etwa 3.400 ha übrig, die als Potentialfläche für Windräder in Frage kommen. Ein relativ großer Teil davon liegt südwestlich von Zorneding, wie der Ausschnitt auf unserem Titelbild zeigt. Jetzt müssen die Gemeinden entscheiden.

Bürgerinformation in Zorneding

Die Bürgermeister-Arbeitsgruppe und der Klimaschutzmanager des Landkreises laden für Freitag, den 13. Juli, um 18 Uhr zu einer Informationsveranstaltung in den Martinstadl ein. Dort erfahren Sie weitere Einzelheiten und können Fragen stellen. Kommen Sie hin und reden Sie mit!

Werner Hintze

Quelle: Planungsbüro Brugger, Aichach

FERNSEH E. ZELLERMAYR



85604 ZORNEDING Bahnhofstr. 6 Tel. 08106/20078 Fax. 08106/20321

Fernseh – LCD – Plasma – DVD – Hifi - Photo Eigene Meisterwerkstatt – Leihgeräteservice Elektrohaushaltsgeräte – Elektrokleingeräte Fahrräder /Ersatzteile / Service

Montage von Satelliten-/ Antennen- und Kabelfernsehanlagen Planung, Ausführung und Kundendienst

GewinnspielDie Suche geht weiter - in Pöring

Nach einem Jahr Pause geht die Suche weiter – diesmal in Pöring. Auch hier habe ich wieder eine Menge Interessantes, Schönes und Außergewöhnliches (oft steckt es nur im Detail) entdeckt. Zu manchem Bild durfte ich auch die Geschichten und Hintergründe erfahren.

Machen Sie mit bei unserem Gewinnspiel und gehen Sie diesmal in Pöring auf Entdeckungsreise! Am besten geht es mit dem Fahrrad, denn die abgebildeten Details sind in ganz Pöring vom Gewerbegebiet bis hin zum Ebersberger Forst zu finden. Mit Ausnahme der RUNDSCHAU-Mitarbeiter sind die Mitbürger aller Zor-

nedinger Ortsteile wieder herzlich eingeladen, sich an der Suche zu beteiligen.

Beschreiben Sie möglichst genau (z.B. durch Straße und Hausnummer), wo das einzelne Bild aufgenommen wurde und lassen Sie uns die Lösung (mit Name und Telefonnummer) bis zum 15. August 2012 zukommen – entweder per E-Mail (gpauthner@spd-zorneding.de) oder werfen Sie Ihre Lösung einfach in den Briefkasten beim SPD-Schaukasten in der Zehetmayrstraße 5.

Zu gewinnen gibt es einen Gutschein vom Zornedinger Bauernmarkt. Es gewinnt die- oder derjenige mit den meisten richtigen Antworten. Gibt es mehrere Einsendungen mit derselben Anzahl an richtigen Antworten, entscheidet das Los.

Liebe Kinder, falls Ihr in den ersten zwei Wochen der Sommerferien Zeit habt, macht Euch doch auch auf die Suche. Für Euch gibt es eine Extraüberraschung zu gewinnen. Schreibt dazu bitte neben Euren Namen auch noch Euer Alter.

Die Lösungen finden Sie ab Mitte August in unserem Schaukasten in der Zehetmayrstraße oder im Internet unter www.spd-zorneding.de.

Viel Spaß beim Entdecken! Gudrun Pauthner











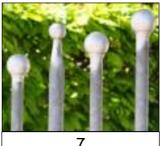
Zu schwer? Hinweise finden Sie auf Seit 21

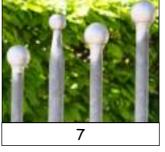


Teppichreinigung | Lederreinigung | Wäscherei | Mangelwäsche







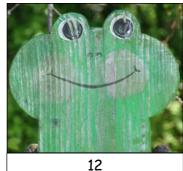


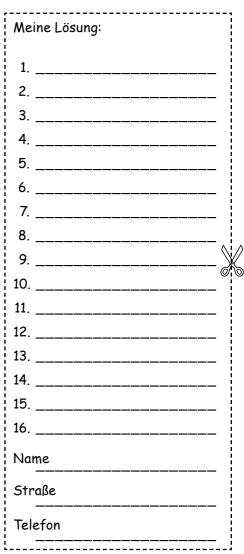








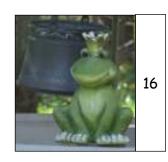














Elektro Haindl GmbH Am Rain 4 · 85604 Zorneding Tel. 08106/20385 · Fax 29261



- Projektierung und Ausführung
- ⊙ Groß- und Kleingeräteausstellung, Verkauf und Service

Unser neuer Jugendpfleger Ein Interview von Bianka Poschenrieder

achdem wir gleich zu Beginn feststellten, dass wir beide eigentlich nicht gerne Kaffee trinken und uns Brownies mit Wasser viel besser schmecken, hatten wir einen lustigen Einstieg in ein gutes Gespräch und konnten uns ganz entspannt den Fragen widmen.

RUNDSCHAU: Es freut uns sehr, dass ein Zornedinger, sogar ein hier aufgewachsener, der neue Ansprechpartner für unsere Jugendlichen ist. Seit 1. Juni sind Sie im Amt und viele Kinder, Jugendliche, aber auch Eltern kennen Sie noch nicht. Natürlich möchten wir Sie bei allen Zornedinger Bürgern so schnell wie möglich bekannt machen und die Sommerausgabe der Rundschau, die schon nächste Woche im Ort verteilt wird, bietet dazu eine gute Gelegenheit. Wir bedanken uns deswe-

gen ganz herzlich, dass Sie sich so spontan und kurzfristig für ein Gespräch Zeit genommen haben. Darf ich Sie nun zuerst einmal um einen kurzen Steckbrief bitten.

Florian Hoffmann: Ja gerne, aber ich bin ein bisschen aufgeregt, es ist heute mein erster Fototermin und mein erstes Interview!

- Geboren bin ich 1984 in Ebersberg. Am 19. Juni habe ich meinen 28. Geburtstag gefeiert.
- Groß geworden bin ich in Zorneding, ich ging in den Kindergarten St. Martin und in die Grundschule in Pöring.
- Meinen Realschulabschluss habe ich in Vaterstetten gemacht.
- Danach schloss sich eine Ausbildung zum Fachinformatiker an und ich habe ein Jahr Berufserfahrung gesammelt.
- Das freiwillige soziale Jahr hat mir sehr viel Freude gemacht. Ich war ein halbes Jahr im Kindergarten und ein halbes Jahr im Blindeninstitut. Dort habe ich mehrfach behinderte Kinder im Alltag betreut und begleitet.
- Das Fachabitur, sozialer Zweig, war nach einem Jahr geschafft.
- Für das Studium der Sozialpädagogik bin ich an die katholische Stiftungsfachhochschule (KSFH) München, Abteilung Benediktbeuern, Fachbereich Soziale Arbeit, gegangen.
- Direkt nach dem Studium habe ich mich dann in Zorneding beworben.

RUNDSCHAU: Ihre Hobbys und Interessen wollen unsere Leser sicherlich auch erfahren.

Florian Hoffmann: Ich bin medial sehr interessiert, Computer aber nur noch in der Freizeit. Eine Sportskanone bin ich nicht, ich jogge und spiele ab und an Fußball und Beachvolleyball in der Freizeit. Sehr gerne gehe ich auf Konzerte, denn ich mag die Atmosphäre. Mein Musikgeschmack ist dabei breit gefächert. Außerdem treffe ich mich gerne mit Freunden. Seit dem Studium sind sie deutschlandweit verstreut, aber das ist schön, denn ich bin gerne unterwegs und auf Reisen.

RUNDSCHAU: Wie habe Sie die Jugendlichen im Ort wahrgenommen, als Sie selbst noch dazu gehört haben?

Florian Hoffmann: Die Zornedinger Jugendlichen waren schon immer sehr engagiert, ich hatte und habe das Gefühl, die wollen etwas bewegen!



RUNDSCHAU: Und wie viele Jugendliche haben Sie in Ihrer Funktion als Jugendpfleger mittlerweile schon getroffen?

Florian Hoffmann: Mit den Aktiven des Jugendzentrums habe ich schon erste Kontakte geknüpft und heute Abend stelle ich mich in der "GRULEIRU" als Jugendpfleger vor.

RUNDSCHAU: Was ist denn das?

Florian Hoffmann: Das steht für "Gruppenleiterrunde" der katholischen Pfarrjugend. Die Jugend liebt immer noch Abkürzungen, das war zu meiner Zeit auch schon so.

RUNDSCHAU: Wie sieht die Planung für die weitere Kontaktaufnahme aus?

Florian Hoffmann: Ich möchte überregionale Kontakte knüpfen, dabei ist Netzwerkarbeit ein wichtiger Schritt. Am Samstag steht im Ort das Bürgerfest an. Die Organisatoren habe ich bereits kennengelernt und wir haben über die Einbindung der Jugendlichen ins Fest ge-

sprochen. Auch im Rathaus herrscht eine gute Stimmung, die Kollegen sind alle sehr nett. Außerdem habe ich den Kontakt zum Kreisjugendamt hergestellt und war bereits auf einer Informationsveranstaltung beim bayerischen Jugendring in Nürnberg. Dabei ging es um die Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes in die Praxis, das ja seit dem 1.1. 2012 gültig ist.

RUNDSCHAU: Wie wollen Sie die Jugendlichen begeistern? Diese Frage habe ich übrigens auch Ihrem Vorgänger gestellt.

Florian Hoffmann: Ich will sie nicht für mich begeistern, sondern ich will ein vertrauensvolles Verhältnis aufbauen, offen sein für Gespräche, ihr Interesse für demokratische Zusammenhänge wecken

und sie zum Eigenengagement motivieren.

RUNDSCHAU: Werden Sie sich auch bei den Eltern vorstellen? Gerade wenn die Kinder noch jünger sind, wollen die Eltern meistens wissen, mit wem ihre Kinder die Freizeit verbringen.

Florian Hoffmann: Es wird eine Vorstellung im Zornedinger Info geben - da sitze ich schon dran - und ich plane, mich bei den Eltern und Kindern der Grundschule im Ort und in den weiterführenden Schulen in den Nachbarorten

vorzustellen.

RUNDSCHAU: Im letzten Herbst wurde das Projekt Schülercafe eingestellt. Nicht nur ich habe das bedauert. Es war ein Angebot speziell für die jüngeren Kinder, die an einem Nachmittag in der Woche ihre ersten Schritte ins Jugendzentrum unternehmen konnten. Wird es eine Wiederbelebung geben?

Florian Hoffmann: Grundsätzlich bin ich Feuer und Flamme dafür, aber es gibt einige Schritte, die im Vorfeld geklärt werden müssen. Und man muss engagierte Jugendliche finden, die so etwas machen möchten.

RUNDSCHAU: Haben Sie Aktionen in den Sommerferien geplant?

Florian Hoffmann: Ich habe schon mit Frau Nuspl gesprochen und werde einen Ausflug zu den Skatertagen nach Grafing betreuen. **RUNDSCHAU:** Ein weiteres, immer wieder diskutiertes Thema ist die Jungbürger-Versammlung. Wird es sie weiterhin geben? Die Akzeptanz bei den Jugendlichen war in den letzten Jahren leider sehr gering.

Florian Hoffmann: Ich persönlich finde die Jungbürger-Versammlung eine tolle Einrichtung, denn sie fördert demokratisches Verhalten. Wir sollten sie sogar weiter ausbauen und besser mit bereits bestehenden Angeboten vernetzen.

RUNDSCHAU: Die im Herbst 2010 von der SPD-Fraktion beantragte Jugendraumanalyse durch die KSFH wurde im Gemeinderat mit 8:11 Stimmen abgelehnt. Im Ausschuss Soziales, Kultur und Sport wurde dann mit 14:5 Stimmen eine Minimallösung beschlossen, die in Zusammenarbeit mit dem Jugendpfleger Rainer Schott aus Kirchseeon geplant wurde. Eigentlich sollten im Herbst 2011 die Ergebnisse vorliegen. Wie steht es inzwischen damit?

Florian Hoffmann: Die telefonische Befragung der Jugendlichen in Zorneding läuft noch. Peer to Peer, d.h. von Jugendlichem zu Jugendlichem, ist langwierig und es dauert sicher noch 2 bis 3 Wochen. Mit Rainer Schott habe ich Kontakt aufgenommen. Die umfangreichen Daten, jeder Fragebogen enthält gut 40 Fragen, werden wir mit einem Datenanalyse-Programm erfassen. Der Aufwand für die Auswertung ist allerdings noch nicht abzuschätzen und ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse.

RUNDSCHAU: Kennen Sie die Ergebnisse der Jugendraumanalyse aus Vaterstetten? Jörg Cordruwisch, der dortige Jugendpfleger, hat sie in Zusammenarbeit mit der KSFH erstellt.

Florian Hoffmann: Die liegt schon auf meinem Schreibtisch!

RUNDSCHAU: Die Shell-Jugendstudie von 2010 hat aufgezeigt, dass die Ansprüche der Jugendlichen einem raschen und stetigen Wandel unterzogen sind. Werden Sie deswegen die Jugendlichen in Zukunft regelmäßig befragen, um ihren Sozialraum zu erkunden?

Florian Hoffmann: Bezüglich der Kontinuität werde ich erst einmal die Ergebnisse unserer Jugendraumanalyse abwarten und dann das weitere Vorgehen mit Rainer Schott absprechen. Ich baue auf die generell bessere Vernetzung der Jugendlichen, mein Steckenpferd sind ja die neuen Medien. Ich bin mir der Gefahren bewusst, sie müssen aufgezeigt werden, aber sie bieten auch viele Chancen. Ich bin kein Fan der Bewahrpädagogik, dann dürften Schüler in der 4. Klasse auch nicht

aufs Fahrrad gesetzt werden. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Medien ist wichtig und ich wünsche mir unkomplizierte Rückmeldungen der Jugendlichen, damit sie jederzeit sagen können was sie brauchen und sich wünschen.

RUNDSCHAU: Zorneding liegt im Einzugsbereich von München und ist durch den MVV gut angebunden. Da ist ein Spagat gefordert zwischen den Wünschen der Jugendlichen und den Möglichkeiten der Gemeinden. Sehen Sie da ein Problem?

Florian Hoffmann: Das Angebot für die Freizeit muss sich am Bedarf der Jugendlichen orientieren, nur so kann man sie besser an den Ort binden. Vereine und Kirchen bieten schon viele Möglichkeiten, ich möchte die Jugendlichen aber nicht an den Ort fesseln. Jugendveranstaltungen in den Nachbargemeinden und in München zu besuchen sind auch eine Bereicherung und können von den Jugendlichen ruhig besucht werden.

RUNDSCHAU: Hatten Sie bereits Gelegenheit die zwei gewählten Jugendsprecher des Gemeinderats kennenzulernen?

Florian Hoffmann: Die Gemeinderäte habe ich in der Junisitzung getroffen. Der nächste Kontakt ist bei der SKS-Sitzung (Ausschuss Soziales, Kultur und Sport) am 10. Juli. Dort sind dann auch die Jugendsprecher, Stefan Ruth und Vincent Kalnin, dabei.

RUNDSCHAU: Wird die Jugend-Homepage weiter geführt, die ja zuweilen auch von einigen Gemeinderäten besucht wurde?

Florian Hoffmann: Meine Idee ist eine bessere Vernetzung über die neuen Medien. Und da möchte ich alle ansprechen, Kinder, Jugendliche, Eltern und Die Jugendpflege wird einen neuen und anderen Internet-Auftritt entwickeln und das heißt viel Arbeit!

RUNDSCHAU: Zuletzt, wie bei Ihrem Vorgänger, noch eine ganz banale Frage: Finden Sie den Begriff Jugendpfleger nicht auch furchtbar uncool?

Florian Hoffmann: Einige Gemeinden und Städte nennen es Jugendbüro. Ich hänge mich nicht an dem Begriff auf und die Jugendlichen lassen sich davon nicht abschrecken. Durch diesen altbackenen Begriff kann man schnell ins Gespräch kommen und es lassen sich auch einige Witze darüber machen.

RUNDSCHAU: Wie, wo und wann können die Jugendlichen und Eltern Sie finden?

Florian Hoffmann: Meine feste Sprechzeit im Rathaus ist Mittwochs von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr und da bin ich auch immer zu erreichen. Ansonsten kann man selbstverständlich jederzeit einen Termin außerhalb der Sprechzeit mit mir vereinbaren. Meine Telefonnummer: 08106-38416, meine Handynummer: 0151-15135915 und meine Emailadresse:

florian.hoffmann@zorneding.bayern.de.

Man darf mir auch gerne auf die Mailbox sprechen und ich rufe natürlich zurück. Es klappt bis jetzt sehr gut.

RUNDSCHAU: Ganz herzlichen Dank für das offene Gespräch. Es hat richtig Spaß gemacht und ich bin überzeugt, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Freude an der Zusammenarbeit mit Ihnen haben werden. Wir wünschen Ihnen alles Gute im neuen Job!



Bericht aus Berlin

Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken!

Unser Bundestagsabgeordneter Ewald Schurer zu aktuellen Themen

Liebe Zornedinger Bürgerinnen und Bürger,

in einer immer älter werdenden Gesellschaft stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Pflege im Alter. Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung sind ein Zeichen für unseren gesellschaftlichen Fortschritt. Gleichzeitig stellt die zunehmende Zahl älterer Menschen die Pflegepolitik vor neue demografische und fachliche Herausforderungen.

Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrichtlinie im März 2009 dem gesellschaftlichen Ansatz der Inklusion verpflichtet. Dieser Ansatz besagt, dass allen Menschen mit Behinderung Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen ist. Um dies umzusetzen, bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und Solidarität. In unserer Gesellschaft darf niemand, der pflegebedürftig geworden ist, am Rand der Gesellschaft stehen gelassen werden. Jeder Pflegebedürftige hat das Recht, sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen zu können.

Pflege geht alle an und die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist notwendig, auch um in Zukunft gute Pflege gewährleisten zu können. Die Zahl der Pflegebedürftigen ist seit Einführung der Pflegeversicherung kontinuierlich gestiegen: 2009 waren 2,27 Millionen Menschen pflegebedürftig, für das Jahr 2030 werden schon 3,27 Millionen Pflegedürftige prognostiziert. In Zukunft werden auch immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund pflegebedürftig sein, wodurch sich neue Anforderungen ergeben. Hinzu kommt, dass die Zahl der Pflegebedürftigen mit Demenzerkrankungen Jahr für Jahr um 200.000 Menschen steigt. Waren es 2011 noch 1,4 Millionen an Demenz Erkrankte, so wird für das Jahr 2060 mit mehr als 2,5 Millionen Erkrankten gerechnet.

Der wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen steht ein zu erwartender Mangel an Pflegekräften gegenüber. Für das Jahr 2025 wird der Mangel an Fachkräften laut Statistischem Bundesamt auf 152.000 Pflegekräfte geschätzt. Der Bundesverband der privaten Anbieter sozialer Dienste rechnet damit, dass in den nächsten zehn Jahren sogar 288.000 zusätzli-

Pflege geht alle an

che Pflegekräfte benötigt werden. Immer noch ist das Berufsbild in der öffentlichen Meinung mit negativen Attributen verbunden. Geringe Bezahlung, schlechte Arbeits- und Entwicklungsbedingungen sind einige Beispiele. Diese Attribute gilt es zu beseitigen und gleichzeitig denjenigen, die in diesem Bereich tätig sind, Anerkennung entgegenzubringen. Pflege ist physische und psychische Schwerstarbeit.



Gleichzeitig besteht eine hohe Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Beruf und ihrer Tätigkeit. Dieses Engagement muss daher angemessen und fair bezahlt werden.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept zur Pflege, um für Pflegebedürftige die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe auszuweiten, Pflegepersonen weiter zu entlasten, gute Arbeit für Pflegefachkräfte ermöglichen und Pflegeinfrastruktur auszubauen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu ein umfassendes Konzept erarbeitet, das ich Ihnen kurz näherbringen möchte.

Um sich den Herausforderungen in der Pflegepolitik zu stellen, braucht es eine Reform der Pflegeversicherung, mit der die Grundlagen für einen umfassenden, ganzheitlichen Ansatz gelegt werden. Damit wir uns in unserer älter werdenden Gesellschaft auf die Unterstützung und



Lassen Sie sich doch mal wieder von der gehobenen bayrischen Küche in unseren gemütlichen Stuben verwöhnen. Oder verbinden Sie das Angenehme mit dem Offiziellen! Wir stellen Tagungs- und Banketträume für bis zu 100 Personen zu Ihrer Verfügung. Und falls Sie etwas länger bleiben – nutzen Sie doch unsere komfortablen Zimmer





Versorgung pflegebedürftiger Menschen und insbesondere die steigenden Zahl dementiell erkrankter Menschen einstellen.

Zur Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bedarf es einiger grundlegender Veränderungen bzw. Weiterentwicklungen im Pflegebereich. Dazu gehört auch, mehr und besser auf die Bedürfnisse und Belange der zu Pflegenden wie der Pflegenden einzugehen.

Immer mehr Menschen machen sich Gedanken und haben Sorge, selbst pflegebedürftig zu werden. Zumeist ist es der Wunsch, bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich in der eigenen häuslichen Umgebung bleiben zu können. Die umfassende Organisation des Lebens in den eigenen vier Wänden stellt allerdings viele dann vor ernsthafte Probleme. Und ohne die Unterstützung von Familienmitgliedern bzw. ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ist es oftmals unumgänglich, in eine vollstationäre Pflegeeinrichtung zu gehen.

Für die meisten Menschen ist es eine Selbstverständlichkeit, ihre pflegebedürftigen Angehörigen im häuslichen Bereich selbst zu pflegen. Sie tragen oftmals die Hauptlast bei der Versorgung und Pflege. Bisher werden zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt und davon die überwiegende Mehrheit ausschließlich von den eigenen Angehörigen. Ohne dieses Engagement der Angehörigen und von Ehrenamtlichen, wie etwa der Nachbarschaftshilfe, kann Pflege nicht auskommen. Hinzu kommt, dass neben der Pflege des Angehörigen auch noch der eigene Haushalt und Beruf zu bewältigen sind. Deshalb gehört es zu einer Pflegereform, dass Pflege und Beruf in Zukunft besser zu vereinbaren sind. Konkret heißt das, dass gerade bei der sehr zeitintensiven Betreuung von Demenzkranken, die für die oftmals gleichaltrigen Partner eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung bedeutet, etwas getan werden muss. Hier fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine Verbesserung der Ausgestaltung bei der Kurzzeit- und Verhinderungspflege, von derzeit 1.510 Euro auf 3.020 Euro für acht Wochen. Dies soll den Pflegepersonen die Möglichkeit geben, Kraft zu tanken. Zweifelsohne stünde ohne dieses Engagement die Gesellschaft vor noch größeren Herausforderungen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will das bisherige Pflegezeitgesetz, das momentan eine 6-monatige Freistellung beinhaltet, mit dem Modell eines flexibel handhabbaren Zeitbudgets mit Rechtsanspruch für die Angehörigen weiterentwickeln. Ziel muss dabei sein, dass Frauen und Männer sich die Verantwortung für Sorgearbeit gleichberechtigt aufteilen. Eine Lohnersatzleistung soll die finanziellen Einbußen, die Angehörige durch die Reduzierung der Arbeitszeit entstehen, abfedern. Auch sollen Pflegezeiten rentenrechtlich höher bewertet werden.

Wir müssen aber auch die Menschen im Blick haben, die im Alter alleine leben. Denn deren Zahl nimmt immer weiter zu. Im Jahr 2004 lebten laut Statistischem Bundesamt 40% der ambulant versorgten Pflegebedürftigen in 1-Personen-Haushalten. Durch sich wandelnde Familienstrukturen und eine immer mobilere Gesellschaft wohnen oftmals die Kinder nicht mehr am selben Ort wie die Eltern.

Wir brauchen eine umfassende Reform der Pflege

Damit fallen neben der Möglichkeit der familiären Pflege auch die wichtigen sozialen Kontakte weg. Um Vereinsamung von Pflegebedürftigen und älteren Menschen zu vermeiden ist es notwendig, den Aufbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen vor Ort stärker zu unterstützen. Ältere Menschen und Pflegebedürftige müssen in selbstgewählten "Familien" leben können.

Dazu müssen neue Wohnformen wie ambulant betreute Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen mit vielfältigen Betreuungsangeboten und Lebensformen stärker gefördert werden, insbesondere im Hinblick auf Angebote für dementiell Erkrankte. Neue Formen des Zusammenlebens müssen in Modellprojekten erprobt und die gesellschaftliche Teilhabe von Älteren und Pflegebedürftigen erhöht werden. Dies schließt unter anderem mit ein, dass die Barrierefreiheit sowohl in der Wohngestaltung

wie auch im gesellschaftlichen Leben erhöht wird.

Der "Pflege-Bahr", der von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) in seiner Reform zur Pflegeversicherung eingebracht wurde und mit den Stimmen von Union und FDP im Bundestag beschlossen wurde, ist keine Lösung der bestehenden Problematik. Vielmehr ist die Einführung eines Zuschusses zu einer privaten Pflegeversicherung von 5,00 Euro nur ein Geschenk an die darbenden Privatversicherungskonzerne. Dieser Beschluss bedeutet weiterhin Stillstand und verschärft die Probleme. Dabei ist es in Anbetracht des demographischen Faktors und dem Ziel, keine Klassenunterschiede bei der Pflege zu schaffen, unerlässlich, eine solide Finanzierung der Pflegeversicherung zu gewährleisten.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen die aufgeführten Punkte und noch weitere zur Leistungsverbesserung für Pflegebedürftige und deren Angehörige schnellstmöglich umsetzen, ohne die Kommunen und die Versicherten unverhältnismäßig zu belasten. Wir wollen keine Zwei- oder Drei-Klassen-Pflege. Wir wollen deshalb die Bürgerversicherung Pflege, finanziert durch eine solidarische Umlage zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Damit schaffen wir ein gerechtes System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht und die Lasten gerecht verteilt.

Herzlichst Ihr

Web: www.hotel-eschenhof.de

Flughafentransfer
Messeshuttle

BECK Limousinenservice

SHUTTLE SERVICE

- sicher und bequem unterwegs
Beck Shuttle Service
Anton-Grandauer-Straße 17
D-85604 Zorneding

Flughafentransfer

Messeshuttle

Limousinenservice

Tel.: +49 (08106) 37 76-0

Fax: +49 (08106) 37 76-100

Mail: info@hotel-eschenhof.de

Millionengeschäfte mit CO, - das Monopoly-Spiel unserer Zeit?

llen bekannt: Bei dem Spiel Monopoly erhält jeder Teilnehmer zu Spielbeginn einen Geldbetrag. Ziel der Spieler ist, dieses Vermögen während des Spielverlaufs zu vergrößern, indem sie beispielsweise Häuser kaufen, entsprechend Mieten einfordern oder das Kapital durch geschickten Handel mit ihren Besitzungen zu vermehren. Vielen unbekannt: Beim Emissionshandel läuft es ganz ähnlich!

Die beteiligten Firmen werden vom deutschen Staat seit Einführung des Emissionshandels mit Emissionsrechten reich bedacht. Durch den Einsatz dieser Rechte verlieren die Unternehmen keinerlei Gewinne, wenn sie die Produktion wie bisher weiter laufen lassen, statt in die Einführung umweltschonender Verfahren zu investieren. Die Konzerne können ihren Profit durch den Weiterverkauf der Emissionsrechte an den Meistbietenden sogar noch steigern.

In beiden Monopoly-Versionen gibt es einen Gewinner. Es siegt der Spieler, der am Ende das meiste Geld angehäuft hat. Der Unterschied der beiden Spielarten besteht darin, dass die Spielregeln beim Emissionshandel eigentlich einen anderen Verlauf vorsehen und die Verlierer wirkliche Verlierer sind: Alle auf der Welt existierenden Lebewesen.

Das EU-Emissionshandelssystem war eigentlich dazu gedacht, den Klimaschutz zu unterstützen, indem Industriebetriebe dazu gebracht werden, den klimaschädlichen Schadstoffausstoß zu verringern. Durch die Einführung des CO₂-Handels wollte man einen Anreiz für die Betriebe

schaffen, im eigenen Interesse aktiv zu werden, statt die Industrie mit einem Regelwerk zu überziehen, das sich im Lauf der Zeit sicher zu einem undurchdringlichen bürokratischen Gestrüpp ausgewachsen hätte.

Wir spielen mit der Zukunft unserer Kinder

Die Idee dahinter war einfach und sinnvoll: Die Luft hat keinen Eigentümer, deshalb kostet sie nichts; es kostet daher auch nichts, sie mit CO₂ anzureichern. Industriebetriebe machen in der Regel eine einfache Rechnung auf: Was nichts kostet, fällt ebenso unter den Tisch wie das, was keine Erträge bringt. Die Europäische Union musste also zuerst einmal dafür sorgen, dass der CO₂-Ausstoß als Kostenfaktor in der Bilanz auftaucht, jede Tonne CO₂-Ausstoß musste etwas kosten.

Um der Industrie Zeit zu geben, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen, wurden Emissionsrechte verschenkt. Ein Emissionsrecht, auch Zertifikat genannt, gestattet den Ausstoß einer Tonne CO₃. Zunächst bekam jeder so viele Verschmutzungsrechte, wie er bei Einführung des Gesetzes benötigte, um ohne Mehrkosten so viel CO, in die Luft blasen zu können wie vorher. Seit 2008 werden iedes Jahr neue Emissionsrechte zugeteilt es sollten mit der Zeit immer weniger werden. Und wer in bessere Prozesse investiert und seinen CO,-Ausstoß dadurch verringert, sollte die nicht verbrauchten Emissionsrechte verkaufen und die getätigten Investitionen dadurch mindestens teilweise refinanzieren können. Der Emissionshandel war damit eingeführt.

Emissionsrechte kann man auch dann erwerben, wenn man irgendwo auf der Welt in Maßnahmen investiert, die den CO₃-Ausstoß vermindern. Schließlich ist die Luft überall und CO, kommt überall hin! Umgekehrt können Emissionsrechte zugekauft werden, wenn die Umstellung der Produktion nicht möglich oder zu teuer ist. Durch den Handel sollte sich der Preis für Emissionsrechte einpendeln, der zudem durch knappere Zuteiltung mit der Zeit steigen würde. Man sagte sich: Die Industrie ist erfindungsreich, die werden selbst diejenigen Verbesserungen finden und einführen, die am wenigsten kosten und am schnellsten etwas bringen.

Erfindungsreich ist die Industrie in der Tat. Zuerst einmal schätzten die Unternehmen ihren aktuellen CO,-Ausstoß "recht" großzügig und bekamen entsprechend großzügig Emissionsrechte zugeteilt, besonders in Deutschland. So waren von Anfang an zu viele Emissionsrechte auf dem Markt und, gepaart mit der Wirtschafts- und Finanzkrise, verfiel der Preis zeitweise bis auf 10 € pro Tonne. Es gab Stahlwerke, die nur noch zu 50 % ausgelastet waren und deswegen viel zu viele CO₃-Zertifikate hatten. Der Anreiz zu investieren fiel weg: Man hatte ja mehr als genug Emissionsrechte und konnte billig welche dazukaufen, anstatt für teures Geld Anlagen zu modernisieren. Viele Firmen begannen, die Verschmutzungsrechte zu horten, weil sie nicht verfallen und der Preis irgendwann ganz sicher steigen wird. Mit den gehorteten Emissionsrechten können Investitionen zum Klimaschutz aber noch auf Jahre hinaus verzögert werden.

Das Emissionshandelsgesetz ist also im Grundsatz sinnvoll geplant, aber in der praktischen Umsetzung nicht erfolgreich. In der Öffentlichkeit blieb das Thema weitgehend unbemerkt und unbekannt.

britische Umweltorganisation Sandbag Climate Campaign zeigt nun in einer Studie, dass Deutschland seinen Industriebetrieben wirklich außergewöhnlich viele Emissionsrechte geschenkt hat und die Unternehmen mit diesen außergewöhnlich viel Geld gemacht haben. Zum Beispiel erhielt allein der größte Stahlproduzent Deutschlands, Thyssen-Krupp, seit Einführung des Emissionshandels 19,5 Millionen Emissionsrechte zu viel geschenkt. Diese haben laut Sandbag immerhin einen Wert von 253,6 Millionen Euro. Aber auch Salzgitter, der zweitgrößte Stahlproduzent, bekam noch 7,5 Millionen Verschmutzungsrechte zu viel. Allein



Umweltfreundlicher und renditestarker Strom durch Photovoltaik. Ihr Fachbetrieb aus der Region berät Sie gerne zu allen Themen rund um die Photovoltaik wie z. B. garantierte Einspeisevergütung, Steuern sparen, Finanzierung sowie staatliche Förderung. Wir über 100 Photovoltaikanlagen im Großraum München erfolgreich montiert und stehen unseren Kunden für die routinemäßigen Wartungs- und Reparaturarbeiten zur Verfügung. Wir verbauen ausschließlich Solarmodule von deutschen Qualitätsherstellern. EIELEKTROHELLEKTR

die 10 größten Nutznießer des Emissionshandels in Deutschland sollen ein zusätzliches Vermögen von 782 Millionen Euro angehäuft haben. Der Vorsitzende des BUND, Hubert Weiger: "Der Emissionshandel ist verkommen und der Klimaschutz wird damit pervertiert".

Ab 2013 war von der EU geplant, die Regeln der Umweltverschmutzung deutlich zu verschärfen und weniger Emissionsrechte zu verschenken. Die bis dahin zu Geld gemachten Zertifikate würden dann von den Unternehmern wieder selbst gebraucht werden und damit würden die dringend benötigten Rechte knapp und teuer, so wie ursprünglich geplant. Letztendlich müssten die umweltverschmutzenden Betriebe Zertifikate käuflich erwerben oder ihren CO₃-Ausstoß massiv verringern. Aber die Industrie fand einen geschickten Weg aus der nahenden Gefahr. Sie drohte mit massivem Arbeitsplatzverlust und Abwanderung und schickte in Brüssel tausende Arbeiter auf die Straßen. Diese Taktik zeigte Wirkung: Auch nach 2013 wird die Politik nun weiterhin reichlich Emissionsrechte verschenken.

Emissionsrechte selbst für Tomatenmark-Hersteller

Man glaubt es kaum: Laut der ZDF-Sendung "Frontal" werden Mineralölkonzerne und Zementwerke, Hersteller von Strumpfwaren oder Tapeten, Waffen- und Munitionsproduzenten, selbst die Fabrikanten von Modeschmuck und Tomatenmark in Zukunft mit Emissionsrechten bedacht. Alles gratis, inklusive Extraportion zur Beruhigung! All diese angeblich, wegen des internationalen Wettbewerbs besonders gefährdeten, Unternehmen setzten, wie üblich, ihren Lobbywunsch bei der Deutschen Regierung durch. Tatsächlich stellte Sandbag fest, dass von den insgesamt 164 berücksichtigten Industriesparten nur sieben wirklich gefährdet seien, wie zum Beispiel die Hersteller von Roheisen.

Dass die Politik immer noch wertvolle Emissionsrechte kostenlos an die Industrie verschenkt, sollte uns wirklich aufregen. Die überflüssigen Zertifikate müssten weggenommen werden, denn der jetzige Emissionshandel schadet dem Klimaschutz, anstatt die drohende Klimakatastrophe zu bremsen und, im günstigsten Fall, abzuwenden. Im Mai dieses Jahres hat der Club of Rome, 40 Jahre nach seinem Aufsehen erregenden Bericht "Die Grenzen des Wachstums", eine neue Studie veröffentlicht. Der aktuelle Bericht, genannt "2052", zeigt in erschreckenden

Bildern, dass der von Menschen befeuerte Klimawandel die Erdatmosphäre ungebremst aufheizt. Im Jahr 2052 wird sich die Temperatur auf der Erde um mehr als zwei Grad erhöht haben. Da ist für jeden zu lesen, dass die bisherige Hemmungslosigkeit und das grenzenlos vorangetriebene Wachstum der modernen Gesellschaft die Menschheit erstmals in der Geschichte an einen Punkt führen wird, an dem es in Teilen der Welt zum "Kollaps unserer Zivilisation" kommen wird. Für uns Menschen sieht es dann richtig übel aus.

Zu viele Zertifikate, zu wenig Umweltschutz

Der norwegische Zukunftsforscher Jorgen Randers, Mitglied des 1968 gegründeten Club of Rome, glaubt gemeinsam mit seinen 30 Kollegen, dass "die Menschheit die Ressourcen der Erde ausgereizt hat" und er macht dafür die kurzfristig denkende Politik und Wirtschaft verantwortlich. Vom 20. bis 22. Juni 2012 tagte in Rio de Janeiro erneut der Erdgipfel der Vereinten Nationen mit dem Ziel, eine globale Nachhaltigkeitspolitik durchzusetzen. Der global steigende Ressourcenverbrauch und die fehlende umweltfreundliche Wirtschaftsweise standen auf der Tagesordnung, doch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte ihre Teilnahme bereits im Vorfeld abgesagt! Kommen Ihnen da auch Zweifel am politischen Willen, sich für den Klimaschutz einzusetzen?

All diesen düsteren Prognosen steht der einzelne Bürger fast machtlos gegenüber. Doch es gibt Ansätze, den gewohnten und weiterhin gewünschten Komfort des Einzelnen und die Erhaltung einer lebenswerten Welt in Einklang zu bringen. Es steht uns eine immense Herausforderung bevor. Wir müssen endlich anpacken und im Kleinen beginnen, jeder bei sich. Im Großen darf es nicht bei den ersten Weichenstellungen bleiben, denn noch schreitet die Umsetzung einer klimafreundlichen Umweltpolitik viel zu langsam voran. In den wichtigsten 20 Industrie- und Schwellenländern stieg der Ausstoß schädlicher Klimagase im vergangenen Jahr um weitere 5,8 %.

Letztendlich wird sich der Mensch mit Verzicht anfreunden müssen, wollen wir uns nicht von späteren Generationen nachsagen lassen: Ihr habt genau gewusst, was ihr anrichtet, aber nichts dagegen unternommen. Die Klimakatastrophe wäre aufzuhalten gewesen - aber ihr habt unsere Welt ruiniert.

Bianka Poschenrieder



Wir planen Ihre Rente, als wär's unsere eigene: Denn wir sichern Ihnen z.B. bei der Riester-Rente die maximale Förderung und hohe Steuervorteile. Fragen Sie uns – wir beraten Sie gerne!

Versicherungungsbüro Hans-Jürgen Eder & Christian Krah

Georg-Wimmer-Ring 18 · 85604 Zorneding Telefon (08106) 20266 · Telefax (08106) 20264 E-Mail info@vb-eder-krah.vkb.de

Neues aus dem Landtag

Unsere Betreuungsabgeordnete Adelheid Rupp zu aktuellen Themen

Glücksspiel-Gesetz

Auch wenn die Spielhalle im Ersatzbau des Zornedinger Bahnhofs zumindest derzeit vom Tisch ist, weil der entsprechende Bauantrag zurückgezogen wurde - die Gesetzesnovelle von CSU und FDP im Bayerischen Landtag ermöglicht Spielecenter mit 48 Spielautomaten und erweist damit der Glückspielsucht und den Spielsüchtigen einen Bärendienst.

Denn das Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen, das ja eigentlich der Kontrolle der Ausbreitung von Spielhallen in Bayern dienen soll, ist nicht wirkungsvoll genug. Nötig ist ein effektives Spielhallengesetz und keine Pseudolösung, wie sie mit der schwarz-gelben Novelle beschlossen wurde. Die steigende Zahl von Spielhallen und, damit einhergehend, die Zunahme von Glücksspielsüchtigen ist nicht länger hinnehmbar. Auch in Bayern braucht man gesetzliche Regelungen, um Spielhallen und Spielsucht wirkungsvoll entgegentreten zu können. Oberstes Ziel eines Bayerischen Spielhallengesetzes muss der Spielerschutz sein. Wir wollen das Glücksspiel nicht generell verbieten, aber die Menschen vor pathologischem und problematischem Spielverhalten schützen. Die SPD-Fraktion hält daher an ihrem Gesetzentwurf fest, der ein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung des gewerblichen Glücksspiels und somit zur Glücksspielsuchtprävention beinhaltet.

Das Abstandsgebot von 250 Meter Luftlinie zwischen zwei Spielhallen ist viel zu gering; außerdem kann man sich davon befreien lassen: Nach dem neuen Glückspielstaatsvertrag darf die Erlaubnisbehörde nach Ablauf der Fünf-Jahresfrist für sogenannten "Alt-Spielhallen" eine Befreiung von der Mindestabstandsregelung und dem Verbot von Mehrfachkonzessionen zulassen. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht eine solche Befreiungsmöglichkeit vor, wenn die Gesamtzahl der Spielautomaten in einem Gebäude oder Gebäudekomplex 48 Spielautomaten nicht übersteigt. Dies sind viermal so viel Glücksspielautomaten wie nach der Spielverordnung in einer einzelnen Spielhalle zulässig sind. Das Gesetz der Staatsregierung scheint geradezu darauf angelegt, sich selbst zu unterlaufen.

Angesichts der Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe ist das Gesetz in der Praxis kaum umsetzbar. Der Mindestabstand muss auf 500 Meter erhöht werden, um die Zahl der Spielhallen wirksamer begrenzen zu können. Auch muss für Spielhallen eine gesetzliche Sperrzeit von mindestens sechs Stunden geschaffen werden.

Zocker vor Gericht

Seit Mitte Juni müssen sich acht frühere Top-Manager der BayernLB vor dem Landgericht München wegen grober Pflichtverletzung beim Kauf der öster-



reichischen Bank Hypo Group Alpe Adria (HGAA) im Jahr 2007 verantworten. Die Bayerische Landesbank verklagt sie auf 200 Millionen Euro Schadensersatz. Nach Jahren intensiver Aufarbeitung, unter anderem durch den von der SPD initiierten Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag, beginnt damit ein weiteres Kapitel in einem der größten Desaster der bayerischen Finanzgeschichte. Insgesamt ist bei dem Fehlkauf ein Schaden in Höhe von 3,75 Milliarden Euro entstanden.

Man darf gespannt sein, wie das Gericht die spektakulären Fehlentscheidungen der ehemaligen Finanzmanager bewertet, wo in diesem Fall die Grenze zwischen Fahrlässigkeit und grober Fahrlässigkeit gezogen wird. Eine solche Einschätzung hätte unmittelbar Bedeutung für die Frage, ob auch die ehemaligen CSU-Verwaltungsräte der BayernLB die

baldham

payrage





Mo-Fr 9-12.30 und 14-18.30 Uhr · Sa 9-13 Uhr

www.geith-optik.com

... da geh' ich hin!

Geschäfte der jetzt angeklagten Vorstände besser hätten überwachen müssen und damit beim Kauf der HGAA ebenso kläglich versagt hätten.

Ganztagsschule: Bayern Schlusslicht

Zum kommenden Schuljahr hat die SPD-Fraktion im Landtag mit einem Dringlichkeitsantrag die Verdoppelung der gebundenen Ganztagsschulplätze gefordert. Dass Bayern einmal in Bildungsfragen auf dem letzten Platz in Deutschland landen würde, wer hätte das gedacht? Die jüngste Bertelsmann-Studie formuliert einen ganz klaren Auftrag: Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz, wir brauchen in allen Ganztagsangeboten eine hohe Qualität, und wir brauchen eine bessere personelle Ausstattung in den bestehenden Ganztagsschulklassen.

Aktuell besuchen lediglich knapp fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler in Bayern eine gebundene Ganztagsschule. Es darf nicht sein, dass Kultusminister Spaenle die verschiedenartigen Betreuungsformen wie Mittagsbetreuung, verlängerte Mittagsbetreuung, Horte, Tagesheime und offene Ganztagsklassen als gleichwertig anpreist. Hier darf nicht "Masse statt Klasse" gelten.

Die Not ist groß in Bayern, wenn es um den Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen geht. Die Zahlen des Kultusministeriums geben ein absolut falsches Bild ab: Eine Abdeckung an Betreuungsangeboten von 90 Prozent wird nur erreicht, wenn die von Müttern organisierte Mittagsbetreuung in der Grundschule als Ganztagsangebot mit eingerechnet wird. Bayern ist und bleibt Schlusslicht beim Thema Ganztagsschule. Eine komplette Ganztagsschule, die den Kindern viel Zeit zum Lernen gibt, muss man in Bayern mit der Lupe suchen Vor allem an den Gymnasien und Realschulen, die derzeit nach der Grundschule am stärksten nachgefragt werden, ist festzustellen: Fehlanzeige. An lediglich 41 von 415 Gymnasien werden einzelne Ganztagsklassen angeboten und an nur 25 von 365 Realschulen. Von 2.300 Grundschulen gibt es nur an 315 Standorten einzelne Ganztagsklassen.

Die CSU hat viel zu lange gebraucht, um den enormen Bedarf an Ganztagsbildung zu erkennen. Das rächt sich noch in den nächsten Jahren und ist bitter für alle Familien, die auf gute Ganztagsbildung angewiesen sind. Minister Spaenle müsste endlich handeln und mehr Lehrerstellen bereitstellen, damit die Quote der gebundenen Ganztagsklassen schneller erhöhte werden können. An Grundschulen ist dringend eine bessere Finanzierung der gebundenen Ganztagsangebote erforderlich. Zusätzlich benötigen wir ein Sonderprogramm zum Ausbau der Schulen, um die notwendigen Räumlichkeiten für Ganztagsschule (z. B. Ruhe- bzw. Freizeiträume) zu schaffen.

Ihre Adelheid Rupp

Der Politische Stammtisch der SPD

Interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutieren regelmäßig am Vorabend der Gemeinderatssitzung mit den SPD-Gemeinderäten über aktuelle politische Fragen.

Unser Stammtisch findet jeweils mittwochs um 19.30 Uhr statt, in der Pizzeria Da Sabatino, Bahnhofstraße 46 (direkt an der Unterführung nach Pöring).

Achten Sie auf unsere Ankündigung in der Presse oder schauen Sie auf "Termine" unter

www.spd-zorneding.de.

Wenn Sie per E-Mail eingeladen werden möchten, schreiben Sie kurz an info@spd-zorneding.de.



ZORNEDINGS GELBE SCHREIBWARENWELT

Bücher • Bücher-Webshop • Bürobedarf-Webshop • Bürobedarf • Schulbedarf / Schreibwaren • Spielwaren

Presse / Fachmagazine • München Ticket •

Lotto • Postservice / Postbank / Geldautomat /
Kontoauszüge

Die Schule kann kommen!

Wir stellen Ihre Schullisten zusammen - gut beraten, alles da, alles drin! -

Obere Bahnhofstraße 13, 85604 Zorneding Ø 08106 219883 Fax 08106 219884 eMail: info@steffis-schreibwaren.de

www.steffis-schreibwaren.de





Tagebücher!

Junge Mädchen schreiben sie, wenn sie zum ersten Mal so richtig verliebt sind oder von Liebeskummer geplagt werden. Reisende schreiben sie, um die vielfältigen Eindrücke und abenteuerlichen Erlebnisse in der Ferne festzuhalten. Jungen schreiben sie, um - na, da bin ich mir nicht sicher, denn heutzutage vertrauen die Jugendlichen ihre täglichen Gedanken sowieso eher dem World Wide Web und Facebook an.

Doch es gibt immer noch und immer wieder Menschen, die ein Tagebuch hinterlassen. Manchmal literarisch anspruchsvoll, manchmal von wahren Denkern oder Gelehrten verfasst und manchmal sogar von der Nachwelt als Lehrstück für das Leben verschlungen.

Solch ein Tagebuch stellt uns dieses Mal unsere Buchkennerin Ingrid Sendrowski vor. Keine leichte Lektüre hat sie gewählt, kein seichter Zeitvertreib für den Leser, aber ein Buch zum Nachdenken und nachdenklich werden.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine ruhige Stunde zum Lesen dieses bewegenden Buches, das Ihnen in eindrucksvoller und präziser Weise die Zeit zwischen 1938 und 1945 näher bringt.

Bianka Poschenrieder



Wer wissen wollte ...

Friedrich Kellner, Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne. Tagebücher 1939-1945

"Der Sinn meiner Niederschrift ist der, augenblickliche Stimmungsbilder aus meiner Umgebung festzuhalten, damit eine spätere Zeit nicht in die Versuchung kommt, ein 'großes Geschehen' daraus zu konstruieren." Mit diesen Worten beginnt Friedrich Kellner am 26. September 1938 in der hessischen Kleinstadt Laubach sein Tagebuch, das er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs führen wird und mit dem er ein großartiges zeitgeschichtliches Dokument schuf. In zehn Heften schrieb er seine Beobachtungen und Analysen nieder, ergänzt sie mit teilweise kommentierten Zeitungsausschnitten. Die Tagebücher belegen eindrucksvoll, dass, wer sehen und erkennen wollte, das durchaus tun konnte und sich nicht beguem hinter der viel zu oft gehörten Formel "Davon haben wir nichts gewusst" verstecken musste. Auch ohne Insiderwissen und Zugang zu informierten Kreisen.

Friedrich Kellner kam 1885 in Vaihingen an der Enz als Sohn eines Bäckers und eines Dienstmädchens zur Welt. In Mainz, wohin die Familie 1889 übersiedelte, besuchte er die Volks- und Oberrealschule und absolvierte eine Ausbildung als Gerichtsschreiber. 1911 heiratete er Pauline Preuß, 1916 wurde ihr einziger Sohn Karl Friedrich Wilhelm geboren.

Kellner war 1914 zur Armee eingezogen worden, doch nachdem er zweimal verwundet worden war, endete sein aktiver

Kriegsdienst bereits 1915. Das Ende des Ersten Weltkriegs erlebte er in einer Armee-Intendantur in Frankfurt. 1920 wurde Kellner zum Justizinspektor befördert, zur gleichen Zeit trat er in die SPD ein. Im Gegensatz zu vielen Skeptikern war Kellner von Beginn der Weimarer Republik an ein überzeugter Anhänger der Demokratie und machte daraus auch nie ein Hehl. Natürlich machte ihn seine Überzeugung und unverhohlene Ablehnung des Nationalsozialismus verdächtig, doch die Beweise gegen ihn reichten nie für eine Verhaftung aus. Auch nicht in Laubach, einer stramm nationalsozialistischen Kleinstadt in Oberhessen, wohin er 1932 versetzt wurde und wo der Oberamtsrichter Ludwig Schmitt ein bekennendes Parteimitglied und überzeugter Nationalsozialist war.

Im August 1939 bemerkt Kellner "untrügliche Zeichen einer geheimen Mobilmachung" und lässt sich nach dem

Wer wissen will, kann immer wissen!

Überfall auf Polen nicht durch die "aufgebauschten Anfangserfolge" täuschen. Als das Dienstmädchen Dr. Schmitts von einem Brief ihres inzwischen eingezogenen Dienstherren berichtet, demzufolge es keinen Krieg geben werde, kommentiert Kellner dies mit den Worten "entweder ist dieser Akademiker ein ganz großes Rindvieh oder er hält uns für Idioten 1. Klasse."

Wolfgang Stranak

Fachpraxis für Fußpflege, Podologie und Physikalische Therapie

Leistungen der physikalischen Therapie

Massagen aller Art, Bewegungstherapie, Man. Lymphdrainage, Heißluftbehandlungen, Naturmoor (Fango), Fuß-Reflex-Massagen, Fuß- und Unterschenkelmassagen, Temperaturansteigende Bäder (Schiele Bäder).



podologie-zorneding@gmx.de www.podologie-zorneding.com

Grünlandstraße 1 85604 Zorneding Tel: 08106 - 2 03 02

> Leistungen der Medizinischen Fußpflege

> Eingewachsene und verdickte Nägel,
> Hornhautbehandlungen,
> Behandlung von Hühneraugen und Warzen,
> Verschiedene Nagelkorrekturspangen,
> Nagelprothetik,
> Fußbehandlungen beim Diabetiker,
> Parrafin-Bäder,
> Pflegeprodukte-Verkauf.

Auch im weiteren Verlauf lässt sich Kellner nicht für einen Idioten halten. Wie die meisten Deutschen hat er nur

die gleichgeschalteten Medien zur Verfügung. Doch dieser kleine Justizangestellte ohne höhere Schulbildung versteht zwischen den Zeilen zu lesen, deckt Widersprüche auf und hält alles akribisch fest. Sein Tagebuch wird ihm zunehmend zum Rückzugsort, denn er ist nicht so naiv zu glauben, dass er seine Meinung offen sagen kann.

Ihm entgehen nicht die Deportationen der Juden, anders als viele fragt er sich jedoch, wohin sie gebracht werden und warum. Weil er wohl einer der wenigen ist, die "Mein Kampf" tatsächlich gelesen haben, tut er Erzählungen von Frontsoldaten über "Greueltaten" nicht als unglaublich ab, sondern weiß sie als grausam-logische Konsequenz einer menschenverachtenden Ideologie einzuordnen. Und er unterscheidet sehr genau zwischen Propaganda und den Fakten, die sich aus der Berichterstattung herauslesen lassen. 1944 erkennt Kellner: "Adolf Hitler hat richtig spekuliert. Mit seinen Tiraden hat er nicht

nur die Dümmsten unter der Masse des Volkes, sondern leider auch eine große Menge jener Leute eingefangen, die sich zur Intelligenz rechneten."

Kellners Stil ist nicht geschliffen, er ist oft besserwisserisch und kleinherrlich.

Trotzdem stehen seine Tagebücher als Dokument gleichberechtigt neben jenen von Viktor Klemperer.



Doch anders als Klemperer ist Kellner nicht verfolgt und betroffen, entstammt er nicht dem intellektuellen Großbürgertum. Was Kellner las, hörte und notierte, konnte jeder lesen und hören. Wenn nur jeder gewollte hätte. Friedrich Kellner führte sein Tagebuch, wie eingangs zitiert, vor allem als exemplarische Warnung und Vermächtnis an

nachfolgende Generationen. Auch für seinen seit 1936 in USA lebenden Sohn. Dessen Sohn wiederum, Robert Martin Scott Kellner, ist es zu verdanken, dass dieses Dokument veröffentlicht wurde. Der Enkel initiierte 2005 eine Ausstellung des Tagebuchs in der George Bush Presidential Library, ausgerechnet auf Anregung des ehemaligen Präsidenten. Ein Bericht im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" erregte die Aufmerksamkeit der Universität Gießen, ganze 25 Autominuten von Laubach entfernt. Dort gibt es eine "Arbeitsstelle Holocaustliteratur". Jetzt liegen alle Tagebücher in einer wissenschaftlich edierten Ausgabe vor. Wie viele, die in endlosen Diskussionen sich immer wieder anhören mussten, dass man "nichts gewusst" habe, hätten sich diese beiden Bände gewünscht. Denn sie beweisen eindrucksvoll, dass, wer wissen will, immer wissen kann.

Wer an der wissenschaftlichen Erforschung der Thematik interessiert ist, dem sei als weitere Lektüre

empfohlen: Peter Longerich "Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, erschienen im Verlag Siedler.

Ingrid Sendrowski

			_
l Verehrte Leserin, verehrter Leser			ı
	0	Gehweg/Straße beschädigt	
Sie könne nicht überall sein? Die Mitarbeiter der Verwaltung und die Gemeinderäte auch nicht! Aber gemeinsam sind wir stärker. Teilen Sie uns bitte mit, wenn Ihnen etwas auffällt, das	0	Sträucher/Bäume zurückschneiden	
im Gemeindegebiet nicht in Ordnung ist. Dieser Zettel soll Ihnen dabei helfen. Wir kümmern uns.	0	Spielgerät beschädigt	
 Wann festgestellt	0	Straßenlampe beschädigt/brennt nicht	A Company
	0	Verkehrsschild beschädigt	<i>⊌</i>
Wo festgestellt	0	Container voll/verschmutzt	
Damit wir Sie informieren können	0	Gully verstopft	!
 Name	0	Sonstiges	I
	U		
Adresse			
Telefon			
Zettel bitte einwerfen: SPD-Briefkasten, Zehetmayrstraße 5	oder E-I	-Mail an fraktion@spd-zorneding.de	

Der Wolfersberger Erdgasspeicher Ein SPD-Ortsspaziergang

"Ein tragfähiges Konzept fehlt!" war einer der ersten Sätze, die wir von Herrn Schmidt bei der Begrüßung unserer großen Besuchergruppe aus Zorneding hörten. Das Energie-Forum Zorneding und der Ortsverein der SPD hatten gemeinsam den Besuch des Erdgasspeichers bei Wolfersberg organisiert. Der Bereichsleiter der RWE Dea AG für Bayern, ließ es sich nicht nehmen, unsere interessierten Energiewende-Befürworter persönlich ins Erdgasgeschäft einzuführen.

Er beklagte, dass die etablierte Energiewirtschaft nach Fukushima zum Feind deklariert worden sei, die ursprüngliche

Planungssicherheit des politisch vorgesehenen Ausstiegsszenarios über Nacht umgeschmissen wurde und die Politik es bis heute nicht geschafft habe, den Umstieg auf regenerative Energien schnell durchzusetzen. Die Energieerzeugung, ihr Transport und ihr Vertrieb wurden schon vor einiger Zeit voneinander getrennt, was das Zusammenspiel der einzelnen Bereiche für die gesamte

Energiewirtschaft erschwerte. Die erforderlichen Verfahren für die Realisierung von Energiegewinnung durch erneuerbare Energie dauern viel zu lange. Zum Beispiel sind von den 1.000 km zusätzlicher, dringend benötigter Transporttrassen in Deutschland für den Energietransport von Nord nach Süd erst 80 km gebaut,

250 km projektiert - der Rest fehlt wohl noch für längere Zeit.

Das Wetter am 25. Mai, unserem Ausflugstag, verbreitete in der Gruppe allerdings eine entschieden optimistischere Stimmung hinsichtlich einer erfolgreichen Nutzung regenerativer Energien. Es blies ein kräftiger Ostwind und die Sonne schien. Mit Windrad, Photovoltaik und Wasserkraft könnte an so einem schönen Tag der hohe Energiebedarf Bayerns problemlos gedeckt werden. Doch der Wind bläst nicht immer und auf die Sonne ist auch nicht immer Verlass. Der Verbraucher will das Licht aber jederzeit

ten eine sauberere Überbrückung für die Zeiten ohne alternative Stromgewinnung. "Aber Laufzeiten von 1.000 - 2.000 Stunden, wie gefordert, sind für Gaskraftwerke nicht rentabel!" Denn bei einem Überangebot von Energie würde im Moment regenerative Energie bevorzugt abgenommen, der Gaskraftwerkbetreiber dagegen sei gezwungen, sein Kraftwerk herunterzuregeln. Um hier einen Anreiz für den Auf- oder den weiteren Ausbau von Gaskraftwerken zu schaffen, fehle aber ein nötiges Preisregulativ. Das bestehende Energieeinspeisegesetz (EEG) sehe hier keine Regelung vor und die politische Bereitschaft für eine Veränderung fehle.

Ihm fehle der große gemeinsame Konsens.

Jeden Tag geht ja irgendwann die Sonne unter, auch der Wind schläft ein, es wird Abend. Die Energie soll aber trotzdem bereit stehen und damit kommen wir zum eigentlichen Problem regenerativer Energien, der Energiespeicherung. Auf der Entwicklungsseite passiert hier im Augenblick unendlich viel - Zitat: "Wir haben wirklich

eine spannende Zeit vor uns" - und die Energiespeicherung wird ein technisches Schwerpunktthema der nächsten Jahre sein. Auf viele Experten wartet da eine herausfordernde Aufgabe.

Herr Schuster, der Betriebsleiter von Wolfersberg, machte uns auch gerade deswegen mit großer Begeisterung mit dem bereits seit vielen Jahren sicher funktionierenden Erdgasspeicher in Wolfersberg vertraut. Neben Inzenham-West bei Rosenheim und Breitbrunn/Eggstätt am Chiemsee betreibt die RWE Dea AG hier diese aufgelassene Erdgasförderstätte als Untertagespeicher.

Beim Wolfersberger Erdgasspeicher handelt es sich um einen natürlichen Porenspeicher, in dem sich vor Millionen von Jahren Gas angesammelt hat, das bis zu seiner Förderung dort sicher gespeichert war. Wir Besucher konnten dieses Gestein sogar in die Hand nehmen. Es war kaum zu fassen, dass dieser feste Steinbrocken aus untereineinander verbundenen Poren besteht, die Gas aufnehmen können. Die



einschalten können! Deswegen brauchen wir neben den regenerativen Energien noch einige Zeit auch konventionelle Methoden der Energiegewinnung für die geforderte Versorgungssicherheit.

Diese Energiesicherheit liefern uns Kohle- und Gaskraftwerke. Letztere bie-

Herbert Lippert Glaserei GmbH

Isolierglasscheiben · Spiegel nach Maß Alle Reparaturen

85604 Pöring/Zorneding · Freyberg Str. 9 · Tel. 08106/23358

85540 Haar b. München · Brandstr. 6 Tel. 089/466290 · Fax 089/4603108 Gesteinsporen funktionieren wie ein stabiler Schwamm, der das Gas aufnehmen und bei Bedarf jederzeit wieder abgeben kann. 1960 begann die Gasförderung und es konnten 432 Millionen Kubikmeter Gas entnommen werden, bevor man 1971 mit dem Ausbau zum Speicher begann.

Durch dichte Deckschichten aus Stein wird das Austreten des Gases zur Oberfläche verhindert und nach unten bilden wasserführende Schichten eine natürliche Barriere. Das Gas kann sich also im Speicher nicht mit Luft vermischen und somit ist eine untertägige Verbrennung oder Explosion ausgeschlossen. Ihre Dichtigkeit haben diese Porengasspeicher über Jahrmillionen beweisen können. In einer Tiefe von ca. 3.000 Metern unter der Erdoberfläche befindet sich heute diese Gaslagerstätte an einer natürlichen Gesteinsbruchzone, die von RWE Dea AG durch eine 3D-Seismik vor ein paar Jahren sehr genau untersucht wurde. Sie erstreckt sich von Putzbrunn bis Moosach und von Aying bis Zorneding. Mit Frequenz- und Laufzeitmessungen wurde der Boden untersucht und es wurde ein Speichernutzinhalt von 365 Millionen Kubikmetern nachgewiesen. Das Gas kann vergleichsweise leicht eingelagert und schnell wieder entnommen werden und bietet eine Aufnahme- bzw. Abgabekapazität von vier Milliarden KWh bei einem derzeitigen maximalen Lagerstättendruck von 235 bar. Nur zum Vergleich: der Transportdruck in den Fernleitungen liegt derzeit bei 40 bar.

die Lastwagen vorbeigefahren.

- · Vor ein paar Jahren sind hier immer
 - In der Nähe wird etwas gebaut.
 - Westlich der Hubertusstraße.
 - Oberhalb einer Terrasse.
 - An der Straße nach Eglharting.
 - Mit Blick auf den Ebersberger Forst.
 - Burgstalse.
 - Das Schilf könnte heute höher sein.
 - Burgstraße.
 - "Berg"straße.
 - · Auf einem Platz (zwei Bilder).
 - Hier sind oft Kinder zu finden.
 - Über den Dächern Pörings.
 - In einem großen Garten.
 - .soJuA
- · Ortsausgang, eigentlich nicht für

cher Reihenfolge:

Solche ehemaligen Erdgaslagerstätten helfen heute große Erdgasmengen gut und sicher zu speichern, das Angebot an verfügbarem Erdgas flexibel den Verbrauchsschwankungen anzupassen und dauerhaft eine sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten. Normalerweise wird das Erdgas bei einem geringen Bedarf der Verbraucher in der Tiefe eingespeichert und bei erhöhtem Bedarf wieder entnommen. Denn an einem sehr kalten Tag wird zu Spitzenverbrauchszeiten bis zu siebenmal mehr Gas verbraucht als an einem heißen Sommertag. Doch die ständig schwankenden Gaspreise und

365 Millionen m³, 235 bar

die wetterbedingten Wechsel der anfallenden Energiemengen haben dazu geführt, dass sich mittlerweile mehrmals am Tag Aufnahme- und Entnahmezyklen des Gases abwechseln können, eine vom Speicherbetrieb aus gesehen nicht gerade wünschenswerte Entwicklung.

Wenn man dann als Gast auf dem Betriebsgelände die vielen verlegten Rohrleitungen sieht, die in Hallen aufgebauten Filteranlagen und Verdichtereinheiten erklärt bekommt, die Messeinrichtungen für den Nachweis von Gasmengen und

Gasbeschaffenheit entdeckt und an den Gaskühlern und Freiwasserabscheidern vorbeiläuft, bekommt man eine ungefähre Vorstellung davon, wie aufwendig der Prozess der Gasspeicherung eigentlich ist. Die vielen Sicherheitsventile, teilweise dreifach hintereinander geschaltet, wirken da schon beruhigend auf den Besucher, der das Gefühl bekommt, dass diese große Anlage verantwortungsbewusst betrieben wird. Nur knapp 1 % des umgeschlagenen Gases wird übrigens für den Eigenbedarf benötigt. Zehn Tiefbohrungen sind seit 1971 gesetzt worden. 21 Personen betreuen die Anlage in zwei Schichten von 6.00 Uhr morgens bis 22.00 Uhr abends. Auch nachts ist eine kleine Überwachungsmannschaft im rund um die Uhr besetzten Leitstand im Einsatz.

Der relativ geringe Platzbedarf der obertägigen Betriebsanlagen täuscht den Besucher über das wirkliche Ausmaß des Gasspeichers hinweg. Wir waren beeindruckt, schließlich ist Wolfersberg einer der größten Erdgasspeicher in Europa, technisch wie geologisch hochinteressant und für unsere Energieversorgung wichtig, ja unersetzlich.

Bianka Poschenrieder

Wenn Menschen Menschen brauchen.

85604 Zorneding, Birkenstraße 17 0 81 06 / 37 97 270

85567 Grafing, Marktplatz 29 Telefon 0 80 92 / 23 27 70

www.bestattungen-imhoff.de Weitere Filialen in

Poing/Vaterstetten

Bestattungen

Imhoff

An 365 Tagen sind wir jederzeit für Sie

Beratung auch gerne beim Hausbesuch!

Unser Service für Sie!



Sie waren zu spät dran und haben uns persönlich verpasst? Macht nichts, Sie erreichen uns dennoch!

Sie bestellen per Fax, Telefon oder Internet (www.apotheken.de).

Wir liefern!

Sprechen Sie mit uns!

Wir nehmen uns Zeit für Ihre Gesundheit



Herzogplatz 14, 85604 Zorneding Tel. 08106 / 222 69, Fax 08106 / 998729



in den gemeinden vaterstetten, zorneding und grasbrunn e.v.

er Name "Nachbarschaftshilfe" ist vielen Bürgern und Bürgerinnen in Zorneding bekannt. Weniger bekannt jedoch sind die vielfältigen Leistungen, die von dieser Einrichtung angeboten werden.

Der Verein "Nachbarschaftshilfe, Sozialdienste, Pflegedienste in den Gemeinden Vaterstetten, Zorneding und Grasbrunn" wur-

de 1974 von Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinden, von den katholischen und evangelischen Kirchengemeinden sowie den Bürgermeistern auf der Basis einer bürgerschaftlich organisierten Selbsthilfeinitiative gegründet. Mittlerweile ist die Nachbarschaftshilfe aus dem Leben der Gemeinde Zorneding nicht mehr wegzudenken, bietet sie doch umfangreiche, vielfältige und unverzichtbare Dienstleistungen für Menschen in jedem Lebensalter an.

Da gibt es Angebote für Familien mit Kindern, wie z.B. die Vermittlung von Babysittern und Kinderbetreuern, die durch spezielle Seminare für diese Aufgaben geschult werden. Im "Kinderpark" Parsdorf werden Kleinkinder bereits ab zwei Jahren pädagogisch und

altersgerecht betreut. **Familienpflegerinnen** und **–helferinnen** übernehmen die Aufgaben von Müttern dann, wenn diese beispielsweise wegen einer akuten Erkrankung ausfallen. Sie be-

treuen die im Haushalt lebenden Kinder und kümmern sich um das Haushaltsmanagement. Seit fast 30 Jahren sorgt das "Anti-Langeweile-Ferien-Programm" dafür, dass Kinder in ihren Sommerferien aus einem attraktiven Programmangebot wählen können. So wird für viel Abwechslung und Spaß gesorgt.

Für das tägliche Leben von **Senioren** hält die Nachbarschaftshilfe ein breit gefächertes Unterstützungsangebot bereit. Wer hat nicht schon einen der "roten Flitzer" gesehen, die täglich – auch an Wochenenden – frisch gekochtes, warmes Essen bringen? Drei verschiedene Menüs gibt es bei **Essen auf Rädern** zur Auswahl. Mit den roten Autos sind auch die Pflegekräfte unterwegs, um Alte und Kranke **professionell** zu **pflegen** und zu versorgen. **Begleitdienste** helfen Senioren bei Bedarf mobil zu sein, beispielsweise anlässlich eines Arzttermins. Mit dem Angebot von "**Daheim nicht allein – Betreutes Wohnen zu Hause**" wird ein umfassendes Hilfspaket angeboten, das ältere Menschen in die

Lage versetzen soll, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu leben. Eine fachkundige Mitarbeiterin koordiniert und organisiert die individuell benötigten Hilfen und Dienstleistungen. Jeden dritten Dienstag im Monat wird dafür eigens von 10.00 Uhr – 12.00 Uhr eine Sprechstunde im Rathaus Zorneding angeboten.

Beim gesamten Leistungsangebot setzt die Nachbarschaftshilfe auf hohe Qualität.
Sie unterzieht sich seit 1999
freiwillig einem externen Qualitätsmanagement-Verfahren.
Die Arbeit der Nachbarschaftshilfe wird seither bei den jährlichen Überprüfungen bestens
beurteilt. Auch die Überprüfung durch den Medizinischen
Dienst der Krankenkassen im
November 2011 erbrachte die

Gesamtnote 1,1. Möglichst viele Leistungen **aus einer Hand** anzubieten ist Ziel der Nachbarschaftshilfe. Eine erfreulich große Zahl von freiwilligen Helfern unterstützt die hauptamtlichen Mitarbeiter und sorgt dafür, dass die Einrichtung lebendig bleibt.

Seit ihrem Bestehen ist die Nachbarschaftshilfe ein Verein, dem die Mitglieder das Fundament geben. Derzeit fördern ca. 2.400 **Mitglieder** aus Vaterstetten, Zorneding und Grasbrunn mit ihren Beiträgen unsere wertvolle Arbeit. Um die ständig wachsenden Aufgaben auch künftig erfüllen zu können, würden wir es begrüßen, wenn auch Sie unser Mitglied werden würden. Der Mindestbeitrag beträgt 12 Euro im Jahr. Sie können aber auch freiwillig mehr bezahlen, so wie es rd. 80 % unserer Mitglieder tun. Mit Ihrem Beitrag helfen Sie uns Leistungen zu finanzieren, die möglicherweise auch Ihnen irgendwann zugute kommen können.

Franz Pfluger,

1. Vorsitzender der Nachbarschaftshilfe

Ansprechpartner für unsere Angebote		
Essen auf Rädern, Begleit-	Frau Schäfer, Frau Jilka	
dienste, Kinderbetreuung,	08106-3684-71	
Ferienprogramm		
Kinderpark	Frau Ossig	
	08106-3684-73	
	(nur Do. 14.00 – 17.00 Uhr)	
Sozialstation, Pflege	Frau Kleinwegen,	
und Pflegeberatung	Frau Reger,	
	Frau Westermeier	
	08106-3684-6	
Betreutes Wohnen	Frau Ritter	
zu Hause	089-461002-81	
Geschäftsführung,	Frau Kleber	
Mitglieder	08106-3684-72	
Bürozeiten:		
Montag - Freitag	8.00 - 12.00	
Montag, Donnerstag	14.00 - 17.00	

CH. KRUMPHOLZ

Wolfesing 1 · 85604 Zorneding

Tel. + Fax 0 81 06 / 2 26 31

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

Wie wollen wir in Zukunft Pflegen?

Die Sorge, im Alter pflegebedürftig zu werden, beschäftigt viele Menschen in unserem Land. Neben dieser Sorge besteht der Wunsch, im Falle von Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich in der eigenen häuslichen Umgebung bleiben und möglichst selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben weiter teilhaben zu können.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen umfassenden Vorschlag für ein Gesamtkonzept Pflege erarbeitet, das für Pflegebedürftige die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe ausweiten, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen, die gute Arbeit für Pflegefachkräfte gewährleisten und die Pflegeinfrastruktur ausbauen will.

Zur Diskussion dieser und weiterer Punkte des Positionspapiers Pflege laden die SPD-Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis, pflegepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, und Ewald Schurer, Mitglied des Haushaltsauschusses herzlich ein.

Die Veranstaltung beginnt am 19. Juli 2012 um 18 Uhr im Unterbräu-Saal, Herzog-Ludwig-Straße 1 in Markt Schwaben.

Jung und Alt in der Rentenversicherung

Miteinander oder Gegeneinander? Ist die Rente sicher? Eine ganz unverblümte Frage.

Zu diesem Thema lädt die Arbeitsgemeinschaft 60 Plus der SPD für Dienstag, den 18. September 2012 um 19 Uhr nach Grafing zum "Kastenwirt" ein. Referent ist Ministerialrat a.D. Manfred Springer aus



Zorneding. Schwerpunktmäßig wird es um die Situation und Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung gehen sowie um Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Von der Idee bis zur Ausführung Ihr kompetenter Partner für Umbau, Ausbau und Modernisierung





Reparaturservice

- Holzverarbeitung
- Kunststoffverarbeitung
- Sicherheitstechnik
- Baumontagen

Georg-Wimmer-Ring 5a · D-85604 Zorneding Telefon 08106/20458 · Telefax 08106/23764 www.schreinerhofmann.de

Nächster Politischer Stammtisch der SPD Zorneding

Mittwoch, **25. Juli 2012**, um **19.30 Uhr**, Pizzeria **Da Sabatino**, Bahnhofstraße 46



IMMER DAS AUTO, DAS SIE SICH

WÜNSCHEN.



Der neue Fiat Freemont Urban.

für **€ 24.990,-***

- · 7 Sitze serienmäßig
- · Elektrische Sitzverstellung
- · Touchscreen-Infotainmentsystem
- · Bluetooth®-Freisprecheinrichtung
- · 3-Zonen-Klimaautomatik
- · Parksensoren hinten
- · ESP & Hill-Holder
- · 17"-Leichtmetallräder

Kraftstoffverbrauch (I/100 km) nach RL 80/1268/EWG: innerorts 8,3; außerorts 5,3; kombiniert 6,4. CO₂ -Emission (g/km): kombiniert 169.

* Privatkundenangebot, gültig für nicht bereits zugelassene Neufahrzeuge Fiat Freemont Urban 2.0 16V Multijet mit 103 kW (140 PS) inklusive Fiat Bonus i. H. v. € 2.800,- bis XX.XX.XXXX. Nicht kombinierbar mit anderen Angeboten.

Ihr Fiat Händler:

Anton Niebler GmbH

Siriusstr. 11, 85614 Eglharting

Tel.: 08091-56 55 0 www.autohaus-niebler.de



Siriusstraße 3-7 85614 Kirchseeon-Eglharting Telefon 08091/5501-0 info@holzland-kern.de www.holzland-kern.de



Öffnungszeiten: Mo-Fr 8.00 bis 18.30 Uhr Sa 9.00 bis 16.00 Uhr